

THEMA DES MONATS

CDU-FRAKTIONSCHEF BJÖRN THÜMLER IM INTERVIEW:

„NIEDERSACHSEN DROHT EIN ERNSTHAFTES PROBLEM BEI DER INNEREN SICHERHEIT!“

Der nicht abreiende Fluchtlingszustrom, scheinbar organisierte, massenhafte sexuelle Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht und die weiterhin hohe Terrorgefahr: Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt, doch die Debatte über die Innere Sicherheit läuft bereits auf Hochtouren – auch in Niedersachsen. CDU-Fraktionschef Thumler spricht im Interview über dringend notwendige Personalaufstockungen bei Polizei und Verfassungsschutz und erklärt, warum Ministerpräsident Weil in der Flüchtlingsfrage lieber keine klugen Ratschläge geben sollte.

Die massenhaften sexuellen Übergriffe vorwiegend ausländischer Täter, die sich in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten ereignet haben, haben Deutschland schwer erschüttert. Werden die Vorfälle die öffentliche Diskussion über die Asylpolitik verändern?

Das haben sie bereits. Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht waren in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Seitdem wird in Gesellschaft und Politik offen wie nie über Kriminalität von Ausländern gesprochen. Das ist gut – zu einer offenen und seriösen Diskussion über die Flüchtlingsfrage gehört es auch, über den Umgang mit Menschen zu sprechen, die vorgeblich aus einer Notsituation zu uns kommen, sich hier aber nicht an die Regeln des friedlichen Zusammenlebens halten wollen. Wichtig ist aber auch, dass die Hilfsbereitschaft der Deutschen unverändert gro ist – denn von den hunderttausenden Menschen, die in den vergangenen Wochen und Monaten zu uns gekommen sind, ist nur ein verschwindend geringer Teil tatsächlich kriminell.

Viele Niedersachsen fragen sich jetzt natürlich: Hätte so etwas wie in Köln und Hamburg auch bei uns passieren können? Wie ist es Ihrer Ansicht nach um die Innere Sicherheit in Niedersachsen bestellt?

Die Bevölkerung ist zu Recht besorgt. Tatsächlich war bis vor kurzem auch in Niedersachsen die Polizei ausdrücklich vom Innenministerium angehalten, die Nationalität von Straftätern nicht bekannt zu geben, um einer vermeintlichen „Stigmatisierung“ vorzubeugen. Solche Anordnungen und Denkverbote befeuern nicht nur die Zensur-Spekulationen in der Bevölkerung, sie verunsichern auch die Sicherheitsbehörden.

Viele Polizisten beklagen den Umgang der Landesregierung mit ihrem Berufsstand - zu Recht?

Die rot-grüne Misstrauenskultur gegenüber der Polizei aber auch gegenüber dem Verfassungsschutz sorgt ohne Frage für eine weitere Verschärfung der ohnehin angespannten Sicherheitslage in Niedersachsen. Mit der Beschwerdestelle und der geplanten Kennzeichnungspflicht erschweren SPD und Grüne die Arbeit der Polizisten unnötig. Wenn die rot-grüne Landesregierung nicht endlich reagiert, droht Niedersachsen ein ernsthaftes Problem bei der Inneren Sicherheit!